

## Meinungs- und Pressefreiheit in der Praxis der Medien - die Macht der Medien und ihre Grenzen

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zunächst einige Vorbemerkungen:

Erstens: Daß ich hier anstelle des Kollegen Zitelmann spreche, hat direkt mit dem Generalthema unserer Veranstaltung zu tun - "Meinungsfreiheit in Deutschland". Es berührt aber auch das mir gestellte Unterthema: "Pressefreiheit in der Praxis der Medien".

Zweitens: Die Tatsache, daß es einem Kollegen untersagt (oder ihm zumindest unmißverständlich nahegelegt) wurde, nicht hier vor diesem Kreis und zu diesem Thema zu sprechen, relativiert den im Titel meines Vortrages enthaltenen Begriff von der "Macht der Medien". Der Vorgang ist eher ein deutlicher Hinweis auf die Macht der Verantwortlichen über die Medien und in ihnen.

Drittens: Der Vorgang ist aber genau so bezeichnend für die Frage, ob es denn "die" Macht der Medien ist, die uns eventuell Sorge bereiten muß - oder nicht eher eine ganz bestimmte, insbesondere eine ganz bestimmte politische Richtung in den Medien?

Viertens: Das mir angetragene Thema ist mit Blick auf "die" Medien so umfang-/facettenreich, daß es eine ganze Seminarreihe füllen könnte. Ich werde mich daher vor allem auf jenen Teil der Medien konzentrieren, den ich am besten und am längsten kenne: das Fernsehen. Und ich werde versuchen, Grenzen und Gefahren der Macht dieses Mediums anhand der Berichterstattung über die Ost- und Deutschlandpolitik bis zum Zusammenbruch des Sozialismus deutlich werden zu lassen.

### **Die Darstellung der DDR in den Medien der Bundesrepublik Deutschland**

## I.

Die Darstellung der Entwicklung in Mitteldeutschland seit 1945 muß in unterschiedlichen Phasen und mit unterschiedlicher Gewichtung der Medien in Westdeutschland gegliedert werden:

1. für die journalistische Darstellung der Vorgänge in der Sowjetzone und in den ersten Jahren der DDR (bis Mitte der 50er Jahre) kamen damals nur die Zeitungen und der Rundfunk in Frage.

Erst seit Ende der 50er Jahre nahm sich auch das Fernsehen dieses Themas an. Dies aber zunächst nur eher beiläufig. Das lag einmal an der anfangs zu geringen Zuschauerzahl, mehr aber an den damaligen technischen Mitteln: Das Fernsehen hatte als "Heimkino" begonnen, das heißt, mit Filmbeiträgen, deren Herstellung weitaus komplizierter und aufwendiger war, als mit der heutigen Elektronik.

2. Die Berichterstattung über den Osten insgesamt stand am Anfang unter Aufsicht der Presseoffiziere der Besatzungsmächte und war insofern erst nach Erlangung der Souveränität der Bundesrepublik wirklich unabhängig.

3. Eine wirklich freie Berichterstattung aus und über die SBZ/DDR war zu keiner Zeit seit Sommer 1945 möglich, soweit es sich um "Vor-Ort-Berichte" im Sinne demokratischer Publizistik handelte.

So gesehen konnten Berichterstattung und Kommentierung über die SBZ/DDR im wesentlichen nur reflektierend sein.

Das machte diesen Zweig der Medienarbeit von vornherein zu einem Expertenzweig. Verstärkt wurde das durch die Tatsache, daß das kommunistische Pressewesen von Anfang an der leninistischen Maxime zu folgen hatte, wonach die Presse "der kollektive Propagandist, Agitator und Organisator" zu sein habe.

Nach der kommunistischen Doktrin hieß das:

- "Propaganda" ist die ideologisch-politische Grundlehre des Marxismus-Leninismus. Die Presse (heute, nachdem Rundfunk und Fernsehen hinzugekommen sind, die es zu Lenins Zeiten noch nicht gab, würde er sagen, die "Medien") muß nach Weisung der Partei den Oberlehrer für die Allgemeinheit spielen.

- "Agitation" sind der tägliche Journalismus und die allgemeine Publizistik, die das aktuelle Geschehen im Sinne der Grunddoktrin zu deuten (oder richtiger: umzudeuten) haben.

- Und daraus ergibt sich ihre Rolle als "Organisator", nämlich "die Volksmassen" zu einheitlichem Handeln im Sinne der Parteiziele zu bewegen.

4. Dies berücksichtigt, hätte es unumgänglich sein müssen, daß sich Journalisten und Publizisten vor jeder Befassung mit dem jeweils aktuellen Problem oder Thema zunächst mit der "propagandistischen" Grundsituation vertraut machen mußten: das heißt, mit der längerfristigen gültigen Beschlußrichtung in Partei- und Parteitagprogrammen, Grundsatzbeschlüssen der Zentralkomitees, Grundsatzartikeln der KP-Generalsekretäre und insbesondere Gemeinschaftserklärungen der kommunistischen Weltinstitutionen.

Im Rückblick kann festgestellt werden, daß in einer ersten Phase - die etwa den Zeitraum bis Stalins Tod und den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 umfaßt - diese Maximen berücksichtigt worden waren.

Ein erster Bruch trat nach dem 17. Juni 1953, insbesondere aber nach dem glänzenden Wahlsieg Adenauers bei der zweiten Bundestagswahl im September 1953 ein. Die SPD und ihr publizistischer Anhang schwenkten um auf sogenannte "differenzierte" Betrachtung des kommunistischen Blocks, verstärkte die Kritik an der Unionspolitik (insbesondere Adenauers) in Richtung Westbindung der Bundesrepublik Deutschland und kritisierte vermeintlich "blinden" bzw. "undifferenzierten" Anti-Kommunismus.

Alles in allem waren die Auseinandersetzung mit dem - und die Berichterstattung über den - Ostblock jedoch weiterhin kritisch und weitestgehend objektiv, was in Westdeutschland allein schon durch den immer stärker werdenden Flüchtlingsstrom aus der

DDR und durch die Zustandsschilderungen der Flüchtlinge verständlich war.

Eine zweite Phase läßt sich mit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 markieren. Mit diesem Ereignis läßt sich vor allem eine qualitative neue Informations- und Betrachtungsweise konstatieren. Sie bestand zum einen in der noch stärkeren Kritik an der westdeutschen atlantischen und europäischen Integrationspolitik (verpaßte Gelegenheiten zum Beispiel im Zusammenhang mit der Stalin-Note vom März 1952 und dem fragwürdigen Wiedervereinigungsangebot), zum anderen in einer Neubeurteilung des westdeutschen Verhältnisses zur DDR (Politik der "kleinen Schritte" des Berliner Senats und Egon Bahrs Konzept des "Wandels durch Annäherung").

Die dritte Phase begann nach dem Regierungswechsel von 1969, mit welchem die Koalition aus SPD und F.D.P. unter Brandt und Scheel durch "Anerkennung der Realitäten" (das hieß vor allem der deutschen Zweistaatlichkeit) den Ost-West-Gegensatz langfristig zu überwinden hoffte. Basis dieser Vorstellungen war die Annahme, daß die Spaltung der Welt in die zwei sich diametral unterscheidenden Hemisphären "Kapitalismus" und "Sozialismus" auf unabsehbare Zeit erhalten bleibe. Daher gelte es, von der Konfrontation zur Kooperation zu kommen, Vertrauensverhältnisse zu schaffen, den Status quo aber grundsätzlich nicht mehr in Frage zu stellen. Diese Phase überdauerte auch den Regierungswechsel vom September 1982 und reichte bis zum Zusammenbruch des Sowjetblocks 1989/90. Es war quer durch alle Parteien erklärte Politik, den Ostblock nicht "destabilisieren" zu wollen, dem auch die Medien größtenteils Rechnung trugen.

## II.

Insgesamt gesehen reflektierten die Schwerpunktthemen aller Medien die grundsätzlichen Auseinandersetzungen über diese Phasen hinweg in den politischen Parteien, in Parlament und Regierungen. Das Themenfeld ist allerdings so breit, daß es den Rahmen eines Vortrages sprengen würde. Ich beschränke mich daher hauptsächlich auf die Betrachtung der diesbezüglichen Thematik in den beiden Hauptprogrammen der öffentlich-rechtlichen Fernsehsysteme ARD und ZDF.

1. Bis in die Zeit der zweiten Phase hinein (also nach dem Bau der Berliner Mauer - bis 1963) hatte sich die ARD dieses Themas angenommen. Federführend waren der NDR (Hamburg) und der Sender Freies Berlin. Dies hatte hauptsächlich technische Gründe. Wegen der Zonenrandnähe Hamburgs - und natürlich in Berlin - konnte man dort überhaupt nur das Ostprogramm beobachten und auch aufzeichnen.

Im NDR betreute Thilo Koch seine Reihe "Rote Optik", woraus 1960 die Reihe "Diesseits und jenseits der Zonengrenze" hervorging. Die Sendetermine lagen wöchentlich am Sonntag vor der Tagesschau (auf dem Platz des heutigen "Weltspiegels"). Beim SFB machten sich vor allem Mathias Walden, Günter Linke und Robert Röntgen mit dem "Mitteldeutschen Tagebuch" einen Namen.

In allen Sendungen dominierten Ausschnitte aus dem Ostfernsehen, mit denen sowohl innere Zustände in der DDR (soweit vorhanden auch im Ostblock), vor allem aber die erklärte Politik der kommunistischen Führungen dokumentiert wurden. Als Moderatoren und Kommentatoren fungierten fast ausschließlich Flüchtlinge aus dem Osten mit Insiderkenntnissen aus dem SED-Regime oder Berliner Journalisten, die die Entwicklung seit 1945 aus unmittelbarer Nähe beobachtet hatten und wie die Flüchtlinge über umfassende Kenntnisse und Erfahrungen verfügten. (Einige Namen: Wolfgang Leonhard, Carola Stern, Jürgen Rühle, Eva Müthel, Fritz Schenk, Ilse Spittmann, Peter Herz, Peter Schulze, Ralph Giordano, Helmut Reinhard, Hans-Ullrich Barth u.a.)

Ab 1963 kam das ZDF hinzu, das allerdings lange Zeit aus technischen Gründen nicht direkt im Osten empfangen werden konnte.

Günter Linke wechselte mit dem "Mitteldeutschen Tagebuch" zum ZDF und Bernd Nielsen-Stokkeby nahm sich in seiner "Kreml-Runde" der Entwicklung im Ostblock an. Der Bedeutung dieser Thematik angemessen und dem ZDF-Staatsvertrag folgend, wurden diese und einschlägige Sendungen im ARD-Wiederholungsprogramm gesendet, um sie so den Landsleuten drüben zur Kenntnis zu bringen.

Die ARD wandelte ihre Reihen 1963 in die Sendung "Ost und West" um, das ZDF setzte an die Stelle des "Mitteldeutschen Tagebuchs" wenig später die Reihe "drüben", aus der dann 1971 das Magazin "Kennzeichen D" wurde. Beim ZDF lag die Thematik sowohl bei seinem Studio Berlin (in der Hand von Hanns Werner Schwarze) wie bei

der Hauptredaktion Dokumentation, in der ebenfalls von Sachkennern breit angelegte Informationssendungen entstanden.

Zusätzlich spielte die Thematik in Dokumentarfilmen beider Systeme eine bedeutende Rolle. Erinnert sei an Produktionen wie "Als Gefangene bei Stalin und Hitler" (die Verfilmung der Lebensgeschichte von Margarethe Buber-Neumann), die Leonhard-Verfilmung "Die Revolution entläßt ihre Kinder", die ZDF-Reihe "Die fünfte Kolonne", an die vielen hervorragenden Arbeiten Dieter Meixners beim NDR, Mathias Waldens Dokumentationsreihe "Die Mauer" und viele mehr. Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen hatte für diese Themen den "Jakob-Kaiser-Preis" gestiftet, mit dem mehr als 50 Arbeiten ausgezeichnet wurden. Viele davon übernahmen die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung für Unterrichtszwecke - und es ist bezeichnend, daß fast alle diese Arbeiten aus der Zeit bis Anfang der 70er Jahre noch heute volle Gültigkeit haben.

2. Die "neue Ost- und Deutschlandpolitik" der Brandt/Scheel-Regierung ab 1970 markierte auch einen Wandel in der Fernsehberichterstattung - und zwar sowohl über diese Politik selbst als auch über die Vorgänge hinter dem Eisernen Vorhang. Was die Politik dieser Zeit im allgemeinen kennzeichnete, reflektierten auch die Publizistik und die Medien in den beiden Jahrzehnten zwischen 1970 und 1990:

a) Die zunehmende Konfrontation in der freien Welt - insbesondere in Deutschland - zwischen Befürwortern und Skeptikern bzw. Gegnern der "Entspannungspolitik". Dabei ging es in Deutschland insbesondere um die Frage, ob die Vertragspolitik der SPD-F.D.P.-Koalition zur völkerrechtlichen Endgültigkeit der deutschen Zweistaatlichkeit und ob der KSZE-Prozeß zum Ersatz eines Friedensvertrages mit zwei deutschen Staaten führen könnten und würden.

Es ist bezeichnend für den Zustand der damaligen Politik, daß Klärung (und heute kann man sagen, die Verhinderung völkerrechtlich kaum revidierbarer "endgültiger" Verhältnisse) nicht die Politik, sondern das Bundesverfassungsgericht mit den Grundsatzurteilen zum Grundlagenvertrag und zu den Ostverträgen von 1973 und 1975 geschaffen hat.

Die Grundstimmung der Vertreter des "positivistischen Lagers" dieser Zeit hat ZDF-Chefredakteur Klaus Bresser auf den "Mainzer Tagen der Fernsehkritik" im Mai 1990 treffend dargestellt. Die Tagung stand im Zeichen der Wende unter dem Tenor, wie es möglich war, daß insbesondere das Fernsehen versagt und nicht rechtzeitig auf die wirklichen Verhältnisse hinter dem Eisernen Vorhang aufmerksam gemacht habe und man erst jetzt, naiv staunend, die ganze Misere des realen Sozialismus enthülle. Bresser faßte dies in dem Fragesatz zusammen, ob Gerhard Löwenthal, der mit dem "ZDF Magazin" gewiß die herausragende Adresse für die Minderheit der Kritiker war, nun wohl doch recht behalten habe. Dies verneinte Bresser mit der Bemerkung, daß sich die "Reaktionäre von gestern" genauso geirrt hätten wie die anderen, denn zur Zeit der "Entspannungspolitik" sei es vernünftig gewesen, die Töne des Kalten Krieges zu unterlassen, weil es vorrangig um die Sicherung des Friedens gegangen sei. Da hätten sich auch die Medien mäßigen und Töne anschlagen müssen, die Vertrauensbildung und den Abbau von Spannungen förderten.

3. Hier nun seien mir einige sehr persönliche Bemerkungen gestattet. Sie gelten der Frage, ob und in welchem Maße die freie Publizistik ihrer Hauptaufgabe nachgekommen ist, unabhängig von den Intentionen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, vor allem - und in erster Linie - den Bürger zu informieren, das heißt, ihn mit den notwendigen Fakten zu versorgen, aus denen er sich sein eigenes Bild über die Ursachen und Hintergründe des Parteienstreits machen kann.

Aus meiner Kenntnis, sowohl aus eigenem Erleben wie aus Betreuung und Beobachtung der publizierten Informationen, konnte und mußte folgendes bekannt sein:

a) Über die Rolle der Staatsdoktrin "Marxismus/Leninismus" gibt es Aufklärung in Hülle und Fülle. Daß aus ihr die kommunistischen Parteien ihren "historischen" Auftrag abgeleitet hatten, die ganze Welt "gesetzmäßig" in den Sozialismus zu führen, und daß diesem Ziel alle Handlungen in Partei, Staat, Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft, in der Innen- wie in der Außen- und Militärpolitik untergeordnet waren, ist über Jahrzehnte umfassend dargestellt worden.

Hier liegen die Versäumnisse nicht im Unwissen, sondern im Nichtwahrhabenwollen! Bis in unsere Tage verbreiten sich - insbesondere in den elektronischen Medien - vor

allem jene, die "dem Sozialismus" nicht abschwören wollen und können, weil sie unfähig sind, sich von ihrer Ersatzreligion zu lösen.

b) Auch über die Rolle der kommunistischen Parteien, ihren Aufbau, die Stellung der Politbüros und die Despotenfunktion der jeweiligen Generalsekretäre, die Überrolle der KPdSU und ihrer Proklamationen als bindende Vorgaben für die Satellitenparteien - dies alles war bekannt.

Und auch hier liegen die Versäumnisse im Nichtwahrhabenwollen. Es sei nur erinnert an die verkrampften Versuche, den totalitären Charakter des Kommunismus zu einem System mit nur "autoritären Zügen" abzumildern und in ihm Formen von direkter - sprich: "Volks"(!)-Demokratie sehen zu wollen.

c) Über den Kraken "Staatssicherheit", der sich mit seinen ungezählten Fangarmen über alle Bereiche der kommunistischen Gesellschaften gelegt und sich längst zum Staat im Staate ausgewachsen hatte, über seine menschenverachtenden Methoden und Verbrechen, konnte es keinen Zweifel geben. Allein die Angst (auch in der westlichen Bevölkerung) und der vorauseilende Respekt und Gehorsam, den selbst viele westliche Offizielle und Geschäftsleute bei ihren Tätigkeiten im und mit dem Osten der Staatssicherheit entgegenbrachten, belegen, daß sie über diese schlimmste aller kriminellen Vereinigungen wohl keinen Zweifel hatten.

d) Nicht minder bekannt mußten der Zustand der Wirtschaft und die Unbrauchbarkeit des Systems der zentralistischen Planung sein. Hier habe ich selbst in vielen Beiträgen in mehr als 30 Jahren Fernseharbeit, in Büchern und Artikeln die Methoden der Fälschung von Statistiken beschrieben, aber auch die Hinweise vermittelt, wie man den Fälschungen auf den Grund kommen kann.

Aber auch das wurde als "Kalter Krieg" abgetan. Und auf diesem Gebiet trafen sich sogar die Interessen von linken Ideologen mit denen der ansonsten kämpferischsten Marktwirtschaftler.

Die einen wollten sich ihren Glauben nicht zerstören lassen - war doch gerade die Wirtschaft die praktische Probe auf das Exempel "Sozialismus". Die anderen sahen ihre durch "Hermes" abgesicherten Geschäftsinteressen für wichtiger an als die Rea-



litäten.

Und die westlichen Reporter, die nach Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki ihre Korrespondententätigkeit im Osten aufnehmen konnten, entschuldigen sich heute damit, daß ihnen ständig Zensoren zur Seite gestellt wurden, die realistische Bilder und Berichte nicht zuließen. Das ist richtig. Doch blieben die Fälle Seltenheit, daß Korrespondenten die Ausweisung riskierten, um ihre Zuschauer oder Leser objektiv zu informieren.

Auch muß festgehalten werden, daß im Gegensatz zu den Korrespondentenstellen in der westlichen Welt (wo man bei der "Farbe" des Redakteurs darauf achtet, daß er in kritischer Distanz zu der Regierungspartei steht, die in dem Berichtsland an der Macht ist) nach Osten möglichst solche Redakteure beordert wurden, die auch das Wohlwollen der dortigen Machtinstanzen genossen. So erklären sich viele Berichte, die vielfach sogar Idylle vermittelten, Schlaglöcher, Verfall der Wohngebiete, Umweltzerstörung übersahen - und dies, wenn es denn schon nicht im Bild aufgenommen werden durfte, auch nicht in Texten oder Kommentaren einfließen ließen.

e) Bekannt konnte auch die Stimmung in der Gesamtbevölkerung sein. Nicht nur die in Deutschland nie abgerissene Flüchtlings- und Ausreisebewegung, auch Besuchsreisende aus beiden Teilen Deutschlands hatten bereitwillig über die Stimmung in der Bevölkerung ausgesagt.

Wir hätten im "ZDF Magazin" noch weit mehr Stimmen zu Wort kommen lassen können, als wir das getan haben. Aber schon das, was wir getan haben, war für die vorherrschende politische und die dominierende veröffentlichte Meinung dieser Zeit zuviel. Im Mai 1987 wurde der Beschluß über die Einstellung des "ZDF Magazins" gefaßt, mit Zustimmung aller politischen Richtungen der Aufsichtsgremien, weil wir (auch mit Blick auf den bevorstehenden Honecker-Besuch in Bonn) den "Entspannungsfrieden" störten.

Für diese Grundstimmung ist bezeichnend, was mir (keinesfalls dem linken Spektrum zuzurechnende) Fernsehratsmitglieder über das Warum unserer Absetzung gesagt haben: Das "ZDF Magazin" biete keine Überraschungen mehr. Man schalte es ein,

und schon säße da wieder so ein freigekaufter Dissident, Flüchtling oder Antikommunist und erzähle, wie es "angeblich" hinter dem Eisernen Vorhang zugehe. Das interessiere doch wirklich niemanden mehr.

Nun will ich das gar nicht in Abrede stellen. Worauf es mir ankommt, ist etwas ganz anderes: Das "ZDF Magazin" hatte einen Sendeanteil an den beiden Hauptprogrammen von 0,2 Prozent. Rechnet man die Dritten und die Mitte der 80er Jahre hinzugekommenen privaten Programme hinzu, dann war das nicht einmal ein Zehntel Prozent. Und nichts kennzeichnet die Stimmungslage aller politischen Parteien der alten Bundesrepublik dieser Zeit kurz vor dem Zusammenbruch des Kommunismus besser, als daß auch diese Ministimmen in der deutschen elektronischen Medienlandschaft noch als Störenfried der "Entspannung" empfunden wurden und deshalb verschwinden mußten.

Mein Fazit ist kurz: Es gibt heute noch weniger als 1945 die Ausrede, nichts gewußt zu haben. Doch gerade weil die Möglichkeiten des Wissens über den realen Sozialismus ungleich größer waren als zwischen 1933 und 1945, ist die "Aufarbeitung" der Vergangenheit des Kommunismus heute nicht nur eine Angelegenheit der Bevölkerung jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Auch im Westen sind viele schuldig geworden, und zwar durch Schweigen aus Mangel an Zivilcourage und wegen Anpassung an den Zeitgeist. Er vor allem hatte über zwei Jahrzehnte die Medienlandschaft Westdeutschlands geprägt.

### III.

#### Die "Aufarbeitung" der Vergangenheit

Daß der Zusammenbruch des Sozialismus die Masse der Medien und ihrer "Macher" wie ein schwerer Schicksalsschlag getroffen hat, gehört für mich zur blamabelsten - zugleich aber auch zur politisch bedenklichsten - Erscheinung der deutschen Publizistik seit 1989/90. Die Tatsachen,

- daß das "Weltsystem des Sozialismus", das diesem Jahrhundert seinen Stempel aufgedrückt, sein Herrschaftsgebiet nur mit Waffengewalt ausgebreitet, die Welt mehrmals an den Rand eines neuen Weltkriegs mit der Gefahr ihrer nuklearen Auslöschung gebracht, Millionen unschuldiger Mordopfer gefordert und zum größten wirtschaftlichen Zusammenbruch führte, den es je in Friedenszeiten gegeben hatte;

- daß mehr als 300 Millionen Menschen aus der Knechtschaft des Sozialismus befreit wurden, Deutschland in Frieden und Freiheit seine Einheit, volle Souveränität (bei uneingeschränkter Mitgliedschaft in der westlichen Gemeinschaft) wiedererlangt hat, Deutschland ohne Besatzungstruppen ist und die Völker und Staaten Ost-Mittel-Europas den westlichen Bündnissen beitreten können;

- daß mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Stellvertreterkriege auf der Welt im wesentlichen der Vergangenheit angehören und der Weg zu einer Weltfriedensordnung auf der Basis des allgemeinen Völkerrechts überhaupt denkbar geworden ist;

- und daß dies bis zum heutigen Tage im wesentlichen unblutig und friedlich geschehen ist, was gar nicht hoch genug bewertet werden kann,

diese Tatsachen, wie gesagt, hat die Mehrheit der westdeutschen veröffentlichten Meinung bisher so gut wie nicht zur Kenntnis genommen.

Ebensowenig hat sie sich der Tatsache zugewandt, daß sich durch die Befreiung von mehr als dreihundert Millionen Menschen jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs die politischen Parameter des wiedervereinigten Deutschlands in der Mitte Europas völlig verändert haben. Berichterstattung und Meinungen über deutsche Probleme spielen sich in den Grundsätzen wie vor der Wende ab - mit der einzigen Ausnahme, daß dazu nun noch eine peinliche Larmoyanz über vermeintliche Kosten und Unannehmlichkeiten gekommen ist.

Dominierender als je zuvor beherrscht die Linke die elektronischen Medien, insbesondere das Fernsehen. Ihr vor allem ist anzulasten, daß die PDS, die nicht die

Nachfolgerin, sondern direkte Fortsetzerin der SED ist, so umverschämt auftrumpfen und sich inzwischen als legitimierte politische Partei wieder im deutschen Parteienspektrum einnisten konnte.

Dazu eine Bemerkung aus eigener Erfahrung: Die SED hatte in ihrer besten Zeit gut zwei Millionen Mitglieder. Zehn Prozent davon sind in der PDS geblieben. Sie sind der harte Kern der SED, den wir früher die "Hundertfünfzigprozentigen" genannt haben. Wir lassen es zu, daß sich ihre Demagogen in allen Talk-Runden ausbreiten und Schuldzuweisungen an jene austeilen, die deren Trümmer wegzuräumen haben. Ich kann das nur damit vergleichen, daß es die Nachkriegsgeneration hingenommen hätte, daß sich der berüchtigte "Freundeskreis Heinrich Himmler" als legitime Nachfolgerpartei der NSDAP gemausert hätte - ein unter Politikern wie Adenauer, Kaiser, Lemmer oder gar Schumacher, Ollenhauer und Ernst Reuter undenkbarer Vorgang.

Den Grund für diese Verwerfungen sehe ich in der in Deutschland bis heute ausgebliebenen Auseinandersetzung mit dem "Grundirrtum des Sozialismus von Anfang an". Noch immer geistert durch deutsche Intellektuellenköpfe der Aberglaube von der Realisierbarkeit eines "demokratischen" Sozialismus. Solange das bürgerlich-konservative Lager den entschiedenen Kampf über die Grundentscheidung "Freiheit oder Sozialismus" nicht wieder aufnimmt, ist zu befürchten, daß die extreme Linke weiter an Boden gewinnt.

Die Pressefreiheit sehe ich nicht durch machtlüsterne Politiker bedroht - und die Überziehung der Pressemacht nicht durch einflußreiche Meinungsmanipulatoren aus Politik oder Wirtschaft gegeben. Die Gefahren für eine freie Publizistik liegen nach meiner Einschätzung in mangelnder Selbstkontrolle durch die Publizisten und ihrer Verbände selber. Es sollte wieder zum Ethos unseres Berufes zurückgefunden werden, das heißt, vor die Analyse und die Meinung die exakte Nachricht mit der Beantwortung der vielen "W's" zu stellen: Wer - Was - Wann - Wo - Wie - Wieviel - Wodurch - Womit - und so weiter und so fort. Die hingeschluderten Nachrichten, Halb- und Unwahrheiten sind es, die den Zeitgeist transportieren und die sachliche Urteilsfähigkeit des Bürgers unmöglich machen. Aber um die Manipulatoren bloßzustellen, bedarf es größerer und mutigerer Anstrengungen der sogenannten (im besten Sinne des Wortes: bürgerlichen) und leider viel zu oft nur schweigenden und im stillen

## Kämmerlein meckernden Mehrheit.